



Ein einziges Verkehrszeichen – und plötzlich brennt in der kleinen Gemeinde Lartigue in der Gironde die Luft. Dabei geht es „nur“ um ein Schild mit der Aufschrift „Sens interdit“, also „Einfahrt verboten“. Doch die Folgen dieser Entscheidung des Bürgermeisters Philippe Lamotte reichen weit über die Frage der Straßennutzung hinaus. Sie werfen ein Schlaglicht auf tiefer liegende Konflikte in der Verwaltung ländlicher Regionen Frankreichs.

Mit einem Schild gegen das Verkehrschaos

Der Auslöser? Wachsende Verkehrsströme durch das Dorf – viele davon gesteuert durch GPS-Apps wie Waze, die Autofahrer quer durch ruhige Landstraßen schicken, um wenige Minuten zu sparen. Lartigue wurde zur Durchfahrtsstraße.

Das wollte Lamotte nicht länger hinnehmen. Am 5. Dezember 2024 unterschrieb er ein Dekret: Eine kleine, aber zentrale Gemeindestraße in Richtung Giscos wird gesperrt – Einfahrt verboten. Ohne Rücksprache, ohne vorherige Diskussion mit den Nachbargemeinden.

Das neue Schild „Sens interdit“ steht seit Mai 2025. Und hat die Wut in den umliegenden Dörfern auflodern lassen.

Verärgerte Nachbarn: „So geht das nicht!“

In Giscos und Saint-Michel-de-Castelnau fühlt man sich übergangen. Die Bürgermeisterin Fabienne Barbot und ihr Kollege Michel Darroman sind fassungslos. „Diese Straße nutzen unsere Bürger täglich – zur Arbeit, zum Einkaufen, zur Schule“, sagen sie sinngemäß.

Nicht nur sei die Maßnahme ohne jede Absprache getroffen worden – es gäbe zudem erhebliche Zweifel daran, ob die Gemeinde Lartigue überhaupt zuständig ist. Die Straße könnte nämlich dem Staat gehören, nicht der Kommune. Die rechtliche Grauzone sorgt für zusätzlichen Zündstoff.



Ein „Sens interdit“ sorgt für Zündstoff: Wenn ein Verbotsschild
Dorfgemeinschaften spaltet

Wenn Navigation auf Realität trifft

Doch der Streit ist mehr als nur eine Auseinandersetzung über eine Fahrbahn. Er zeigt, wie digitale Tools wie GPS und Navigations-Apps den Verkehr in ländlichen Regionen durcheinanderwirbeln. Wo einst wenige Traktoren und Anwohner fahren, drängen sich heute Kolonnen von Durchreisenden, die den schnellsten Weg zum Ziel suchen – egal, ob dieser mitten durchs Dorf führt.

Was bedeutet das für die Infrastruktur kleiner Gemeinden? Wie lässt sich Verkehrslenkung sinnvoll gestalten, wenn Algorithmen und Apps entscheiden, wer wohin fährt?

Bürokratie trifft Dorfleben

Ein Blick hinter die Kulissen zeigt: Die Verwaltung ländlicher Straßen ist oft ein Flickenteppich aus Zuständigkeiten. Kommunen, Departements, Regionen – und manchmal auch der Staat – mischen alle mit. Wer darf also was entscheiden? Und wer muss wen fragen?

Der Fall Lartigue macht deutlich, wie schnell ein Alleingang zum interkommunalen Eklat führen kann. Es geht um mehr als nur ein Schild – es geht um Respekt, Mitsprache und Kooperation.

Und jetzt? Wege aus der Sackgasse

Es gäbe durchaus Lösungen. Eine Mediation unter Beteiligung der Präfektur könnte helfen, die Wogen zu glätten. Vor allem aber braucht es klare Verhältnisse: Wem gehört die Straße wirklich? Welche Regeln gelten?

Und: Eine offene Gesprächskultur zwischen den Gemeinden, bevor solche Entscheidungen fallen. Denn nur so lassen sich ähnliche Konflikte in Zukunft vermeiden.

Wäre es nicht auch denkbar, mit Navigationsanbietern zusammenzuarbeiten? Beispielsweise um sensible Routen aus Apps auszuschließen? Andere Regionen in Europa experimentieren bereits mit solchen Modellen – warum nicht auch hier?



Ein „Sens interdit“ sorgt für Zündstoff: Wenn ein Verbotsschild
Dorfgemeinschaften spaltet

Wenn das Schild zur Metapher wird

Am Ende steht fest: Dieses „Sens interdit“ Schild ist mehr als nur ein Verkehrszeichen. Es ist zum Symbol geworden – für fehlende Kommunikation, für wachsende Herausforderungen auf dem Land und für die Kluft zwischen digitalen Lösungen und analogem Alltag.

Ein kleines Dorf, ein großes Thema. Und eine Frage, die bleibt: Was bringt ein Schild, wenn keiner darüber redet?

Von C. Hatty